

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitschrift Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhalten Sie auf weiteres nur Dienstag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 20, durch unsere Mitarbeiter pränumerieren in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 22. Durch die Post bezogen vierteljährlich 50 mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postboten sowie unsere Mitarbeiter und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Interaktionspreis 20, für die 6 gefüllten Korpuszelle über deren Raum, Namen, die 2 hellen Korpuszelle 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefüllten Korpuszelle 20. Nachmittags-Beilage 10. Anzeigenannahme bis nachmittags 16 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenauftrag ist verbindlich, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöffig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 57.

Donnerstag / Freitag 17. / 18. Mai 1923.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923 hat der Kassenvorstand Grundlöhne und Lohnstufen neu geregelt. Als Arbeitslohn ist der vollständige Wochen- oder Monatsverdienst anzugeben. Eine Ausnahme hiervon erfahren nach einem am 30. 4. 23 in Kraft getretenen Gesetze die sogenannten „Kurzarbeiter“ oder „Ausleger“. Dieselben sind während der Arbeitsbeschränkung in ihrer bisherigen Lohnstufe weiter zu versichern, Lohnänderungsanzeigen sind in diesen Fällen nicht zu erstatten und, wo dies bereits geschehen, zurückzuziehen. Es gelten nunmehr:

Lohnstufe	Woche		Grundlohn	Wochenbeitrag		Gesamtbeitrag	
	Nr.-R.	J.-R.		Nr.-R.	J.-R.		
1	7	2 800	12 000	250	114,—	85,—	118,—
2	8	4 200	18 000	500	228,—	110,—	207,—
3	9	6 300	27 000	750	342,—	145,—	300,—
4	10	8 400	36 000	1 050	480,—	180,—	410,—
5	11	11 200	48 000	1 400	639,—	225,—	538,—
6	12	14 000	60 000	1 800	819,—	270,—	681,—
7	13	16 800	72 000	2 200	1 002,—	320,—	828,—
8	13	21 000	90 000	2 700	1 230,—	320,—	980,—
9	13	26 600	114 000	3 400	1 548,—	320,—	1 192,—
10	13	33 600	144 000	4 300	1 959,—	320,—	1 466,—
11	13	42 000	180 000	5 400	2 457,—	320,—	1 798,—
12	13	51 800	222 000	6 700	3 051,—	320,—	2 194,—
13	13	63 000	270 000	8 200	3 732,—	320,—	2 648,—
14	13	75 600	324 000	9 900	4 506,—	320,—	3 164,—
15	13	89 600	384 000	11 800	5 370,—	320,—	3 740,—
16	13	über	über	über	über	über	über

Der Wert der Sachleistungen (Kost und Wohnung) ist ab 1. März 1923 für Diensthboten, Lehrlinge und Mägde auf 30 000 Mk. und für Angestellte, Gewerbegehilfen und Knechte auf 40 000 Mk. monatlich festgesetzt.

Der Höchstbetrag des Stützgeldes wird auf den dreifachen Betrag des jeweils gesetzlich bestimmten Mindestbetrages festgesetzt. Letzterer beträgt jetzt 300 Mk., so daß der

Höchstbetrag sich auf 900 Mk. bezieht. Kranken- und Hausgeld werden nun gleichfalls für jeden Kalendertag gezahlt.

Diese Änderungen treten am 14. Mai 1923 in Kraft. Die Änderungen des Grundlohnes wirken auf die Verleistungen vom gleichen Tage an. Dies gilt auch für Versicherungsfälle, die bereits eingetreten sind.

Wilsdruff, am 15. Mai 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt

Paul Neumann, Vorsitzender.

Zwangsinnung für das Tischler-Handwerk.

Von der Tischler-Zunft zu Wilsdruff ist der Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung für das Tischlerhandwerk im Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff, mit Ausnahme der Orte Rothschönberg mit Berne, Burkhardtswalde und Muzig mit dem Sitz in Wilsdruff gestellt worden.

Nachdem nun die Kreishauptmannschaft Dresden mich mit der kommissarischen Vorbereitung ihrer Entschließung beauftragt hat, mache ich hierdurch bekannt, daß die Neuzugänge für oder gegen die Errichtung dieser Zwangsinnung schriftlich oder mündlich in der Zeit vom 20. bis 26. Mai 1923 bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärungen kann während des angegebenen Zeitraumes werktäglich von 8—1/2 Uhr im Rathaus zu Wilsdruff Zimmer Nr. 13 oder Nr. 15 (Gewerbeamt) erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, die im Bezirke des Amtsgerichts Wilsdruff, mit Ausnahme vorgenannter Orte das Tischlerhandwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Neuzugang mit dem Bemerkten auf, daß als beteiligt auch solche Meister anzusehen sind, die Gesellen und Gehilfen nicht beschäftigen, und daß nur solche Erklärungen, die erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung einer Zwangsinnung zustimmt oder nicht, gültig sind. Nach Ablauf des oben angegebenen Zeitpunktes eingehende Neuzugänge bleiben unberücksichtigt.

Wilsdruff, am 12. Mai 1923.

Der Kommissar

Dr. Kronfeld, Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Franzosen haben die Höchster Farbwerke und die badische Anilin- und Sodafabrik besetzt.
- * Die Stadt Rimburg ist von französischen Truppen überfallen und besetzt worden.
- * Der König von Schweden wurde bei seiner Reise zur Beerdigung der Großherzogin von Baden in Offenburg von den Franzosen festgehalten.
- * Bonar Law ist wegen der russisch-englischen Spannung von seinem Urlaub vorzeitig nach London zurückgekehrt.
- * Der Stadt Gelsenkirchen wurde von den Franzosen eine dauernde stärkere Besetzung angedroht.

Was wird werden?

Von besonderer Seite wird uns zu der augenblicklichen politischen Lage geschrieben:

In allen politischen Lagern in Berlin und im Reich herrscht in diesen Tagen begrifflicher Weise lebhafteste Bewegung. Denn alle Gemüter sind erfüllt von der großen Frage, was nun weiter geschehen soll. Lord Curzon hat gemeinsam mit Herrn Mussolini, und genau so wie Monsieur Poincaré, das deutsche Angebot von 30 Milliarden als zu niedrig abgelehnt. Andererseits aber hat er der Reichsregierung auch in aller Deutlichkeit erklärt, daß nach englischer und italienischer Auffassung das Ruhrgebiet zur Stunde nicht aktuell ist und hinter die vorherige Lösung des Reparationsproblems zurückzutreten habe. Da man als sicher annehmen kann, daß die beiden Noten in London und Rom nicht ohne vorheriges Einverständnis mit Paris so abgefaßt worden sind, wie sie uns zugehen, so besagt das also, daß auch Frankreich damit einverstanden ist, wenn zunächst die strittige Frage der sofortigen oder etappenweisen Räumung, der Fortführung oder sofortigen Einstellung des deutschen Widerstandes zurückgestellt und erst zu einem späteren Termin verhandelt werde.

Manche Leute sind der Ansicht, daraus ergebe sich für die Reichsregierung eine gewisse Erleichterung. Wenn man glauben könnte, daß eine vernünftige Maßregelung des Reparationsproblems die Lösung der Sicherungsfrage gleich in sich schließen würde, dann würde sich daraus sogar eine ganz wesentliche Entspannung der internationalen Gesamtlage herleiten lassen. Frankreich hat sich nun zwar zu seinem jetzigen Zugeständnis nur unter dem Druck seiner immer offeneren gewordenen Isolierung bereit gefunden, aber es hat doch jedenfalls nachgegeben. Gehen wir nun beispielsweise davon aus, daß die „Erweiterung“ des letzten deutschen Angebots, die Lord Curzon fordert, in einer Form er-

folgen würde, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt sagt, jetzt zeigen die Deutschen aber wirklich, daß sie das Äußerste tun wollen, so würde man vielleicht auch mit Recht erwarten dürfen, daß der Druck auf Frankreich sich soweit verstärkt, daß die Franzosen endlich von ihrer Pfänder- und Gewaltpolitik lassen.

Das ist die Situation und die schwerwiegende Aufgabe, vor der sich das Kabinett Cuno zur Stunde sieht. Unsere leitenden Männer werden klarstellen haben, ob Deutschland in der Lage ist, eine derartige Neuformulierung seines letzten Angebots zu finden. Dieses Angebot beziffert sich bekanntlich auf 30 Milliarden. Die Gegenseite sagt, diese Summe genüge nicht. Nun war aber für die Bezahlung der 30 Milliarden ein bestimmter, und zwar verhältnismäßig kurzer Zeitraum vorgesehen. Wenn jedoch jetzt erklärt wird, man verlange unter allen Umständen eine höhere Summe, so steht dem zwar auf der einen Seite im Wege, daß die 30 Milliarden nach Ansicht aller internationalen Sachverständigen und auch der Reichsregierung das Höchstmäß der deutschen Leistungsfähigkeit erschöpfen. Wiederum aber könnte man doch auch denken, daß, entsprechend dem nun einmal geäußerten neuen Verlangen der Entente, eine höhere Summe zugestanden wird, in dessen mit der Maßgabe, daß die Bezahlung erst in einem entsprechend größeren Zeitraum zu erfolgen habe. Das reiche England hat, wie erinnerlich sein dürfte, sich soeben von Amerika ausbedungen, daß ihm für die Bezahlung seiner Kriegsschulden die ungeheuerliche Frist von 66 Jahren zugestimmt werden müsse, und wir selbst haben bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts Zahlungen auf unsere Kriegsschuld aus den Freiheitskriegen entrichtet, und trotzdem in jenen Jahrzehnten ein gutes Leben geführt.

Auf die Frage, was nun weiter zu geschehen hat, wird man demnach antworten können, daß Dr. Cuno sich ohne Überstürzung und mit allem Ernst zu überlegen hat, ob ihm persönlich eine derartige Umwandlung seines letzten Angebots möglich erscheint. Nach Ansicht maßgebender parlamentarischer Kreise ist das der Fall. Es wäre auch nicht verwunderlich, wenn man der Gegenseite unter der Hand, aber deutlich, zu verstehen gäbe: Ihr sagt, 30 Milliarden sind zu wenig, aber Eure Sachverständigen sagen, es ist das Maximum. Und nun erklärt uns also gefälligst, erstens: wieviel wir nach Curer Auffassung denn eigentlich bezahlen sollen, und zweitens: wie die Bezahlung vorgenommen werden könne. Man nennt das diplomatisch „Rückfragen“. Und solche Rückfragen wären um so begrifflicher, wenn man sich überlegt, daß eine etwaige neue deutsche Note der außerordentlich zugespitzten Situation sowohl nach In-

halt wie nach Form in jeder Beziehung genügen muß. Oder wir müssen überhaupt auf weitere Erörterungen verzichten und erklären: Wir haben unser letztes Wort gesprochen und können dem nichts hinzufügen.

Innerhalb der politischen Parteien und der führenden parlamentarischen Kreise scheint man allgemein der Auffassung zu sein, daß der Faden weitergesponnen werden müsse. Es kann weiter wohl gesagt werden, daß eine anfänglich herrschende erhebliche Enttäuschung bei genauerer Prüfung der englischen und italienischen Note einer ruhigeren Auffassung Platz gemacht hat. Die breite Öffentlichkeit wird gut daran tun, wenn sie sich darauf einrichtet, daß zum mindesten das Pfingstfest ins Land gehen wird, bevor alle die Dinge klargestellt sind, die bereinigt sein müssen, ehe eine neue Entscheidung gefällt wird. Gerüchte von einer Kabinettkrise und von einer angeblichen Mißstimmung gegen den Kanzler, die innerhalb der Sozialdemokratie vorhanden sein sollte, sind abwegig. Man wechselt nicht ohne Not die Pferde während der Fahrt durch die Strudel der Zeit.

Pflicht des einzelnen Deutschen ist es zur Stunde, im Vertrauen auf das Pflichtbewußtsein und die Einsicht der leitenden Männer darauf zu bauen, daß sie den Weg finden werden, der uns über die Schwierigkeiten der aller-nächsten Zeit hinwegführt.

Befegung der Höchster Werke.

Belagerungszustand in Höchst.

In der Nacht zum Dienstag sind die Höchster Farbwerke von den Franzosen besetzt worden.

Die Franzosen forderten am Abend vorher von den Farbwerken fünf Personenautomobile an. Die Direktion bewilligte die Herausgabe. Daraufhin umzingelten die Franzosen nachts die Farbwerke mit Truppen, Tanks und Minenwerfern und verweigerten früh den 12 000 Arbeitern den Zutritt zu den Werkstätten. Unter den Arbeitern verbreiteten sie Flugblätter, die, von der Ablehnung der französischen Forderung nach Automobilen ausgehend, von Sabotagegegnung der Industrieleitung überhaupt sprachen und die Arbeiter auffordern, der „Stimmengruppe“ keine Gefolgschaft zu leisten. Die Arbeiterschaft bewahrte völlige Ruhe und suchte nach Hause zu gelangen. Der Landrat des Kreises Höchst wurde von den Franzosen für abgeseigt erklärt und durch den separatistischen Schulinspektor Dr. Hindrichs ersetzt.

Aber die Stadt Höchst selbst ist der Belagerungszustand verhängt worden. Wie verlautet, liegt in den Farbwerken ein ganzes Regiment Franzosen. In Frank-